

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 51 (1971-1972)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Zur strategischen Weltlage 1972  
**Autor:** Schwarz, Urs  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-162665>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zur strategischen Weltlage 1972

### *Gelähmte Vereinte Nationen*

Die Betrachtung der machtpolitischen Verhältnisse in der Welt und der Ausblick auf die wahrscheinlichen strategischen Entwicklungen im Jahre 1972 liegt im Schatten des zwischen Indien und Pakistan herrschenden Kriegszustandes. Dieser Krieg – vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen begleitet, aber nicht durch eigentliche Kriegserklärungen eröffnet – spielt sich unter dem seit 1945 üblich gewordenen Deckmantel der «bewaffneten Aggression», der «Selbstverteidigung» ab, ist aber der erste grosse, eindeutig zwischen zwei Mitgliedern der Vereinten Nationen mit offener Waffengewalt geführte Konflikt. Er hat Hoffnung zerstört, die sich auf das moralische Gewicht der Weltsicherheitsorganisation und ihres Vermittlungsapparats und zugleich auf die kriegsverhindernde Wirkung moderner Waffen gegründet hatte. Die Verurteilung durch die in den Vereinten Nationen organisierten Weltöffentlichkeit hat, da diese ja nicht mit einer Stimme spricht und Billigung und Missbilligung höchst unsicher verteilt, die Regierungen von Indien und Pakistan nicht davon abgehalten, ihren traditionellen Konflikt auf die Spitze zu treiben. Die abschreckende Wirkung ihrer konventionellen Bewaffnung hat die beiden Regierungen, trotz den bitteren Erfahrungen aus den beiden Kriegen von 1965 nicht davon abhalten können, zur offenen Kriegführung überzugehen. Beide haben die Verluste und die Zerstörungen und die Schwächung ihrer prekären Staatsstruktur, die dieser Krieg mit sich bringen muss, um eines fragwürdigen politischen Gewinnes willen in Kauf genommen.

Der Krieg hat Hoffnungen zerstört und Befürchtungen bestätigt. Er bestätigt die These, dass die Regierungen selbst kleiner und unstabiler Staaten eine Bewegungs- und Manövrierfreiheit gewonnen haben, die in früheren Jahrzehnten undenkbar gewesen wäre, und die sie befähigt, sich in offenen Gegensatz selbst zu den schwer bewaffneten Weltmächten zu stellen. Diese Möglichkeit ist gegeben, seit sich die Weltmächte im Zustand des strategischen Gleichgewichts gegenüberstehen. Sie haben durch die von ihnen selber geschaffene Möglichkeit, sich gegenseitig mit nuklearen Fernwaffen zu vernichten, die eigene Bewegungsfreiheit begrenzt. Keine von ihnen kann wie früher, auf ihre eigene Macht vertrauend, von kleinen Staaten eine Lösung ihrer Konflikte fordern und ihre Forderung mit sanftem oder weniger sanftem Druck durchsetzen.

Nur ein gemeinsames Auftreten der Weltmächte, sei es im Rahmen der Weltorganisation oder auf der konventionellen diplomatischen Bühne, könnte in einer Welt unbeschränkt souveräner Staaten Übergriffe verhindern, den Frieden gefährdende Situationen vorsorglich beseitigen und die dazu nötigen Konzessionen erzwingen. Kommt es nicht zum gemeinsamen Auftreten, ist doch die Unterstützung oder mindestens Duldung durch die anderen Weltmächte unerlässlich, wie etwa das Beispiel der Eindämmung des Konflikts um Zypern (1964) oder der erfolgreichen Vermittlung von Taschkent (1966) zeigt. Dass dabei die Vereinten Nationen eine nützliche, ja notwendige Rolle spielen, aber nur als eine Hilfsorganisation zur Verwirklichung des Grossmachtwillens, sei hier am Rande vermerkt. In allen anderen Fällen, und auch im gegenwärtig den Frieden bedrohenden Konflikt in Asien, ist eine Gemeinsamkeit im Zeichen der internationalen Ordnungsfunktion der Grossmächte nicht vorhanden.

#### *Rivalen und Komplizen: SALT*

Die Gemeinsamkeit der Interessen beschränkt sich heute auf einen Punkt: Das strategische Gleichgewicht mit seinen die weltstrategische Lage bestimmenden Folgen aufrechtzuerhalten, und das unter Vermeidung eines für beide Seiten wirtschaftlich schwer zu ertragenden Rüstungswettlaufs. Dieses gemeinsame Interesse findet Ausdruck in den «Strategic Arms Limitations Talks» (SALT), die im November 1969 in Helsinki aufgenommen wurden und deren sechste Runde am 15. November in Wien begonnen hat. Das Wesentliche an diesen Gesprächen ist bisher der in ihrem Rahmen möglich gewordene ständige Informationsaustausch in Form verhüllter Signale. Immerhin sind auch konkrete Ergebnisse erzielt worden: Man hat sich darauf geeinigt, zugleich von defensiven Waffen, den Lenkwaffenabwehrsystemen (ABM) und von den offensiven Lenkwaffen aller Art zu sprechen. Ein greifbares Ergebnis zeichnet sich aber heute ab. Es würde darin bestehen, dass sich jede Seite verpflichtet, eine beschränkte Zahl von ABM, vielleicht 100, für die Verteidigung der Hauptstadt einzusetzen, und eine zweite beschränkte Anzahl für die Verteidigung einiger zu bezeichnender Zonen mit Abschuss-Silos. Weiter liegt ein amerikanischer Vorschlag auf dem Konferenztisch, nach dem von einem bestimmten Tage an keine weiteren Abschusseinrichtungen, wie Silos oder Unterseekreuzer, in Dienst gestellt werden dürfen.

Von einer nuklearen Abrüstung ist man in den SALT also so weit entfernt wie je. Was in absehbarer Frist vielleicht erreicht werden kann, ist das Ende der an sich absurden Versuche, das strategische Gleichgewicht, an dem die Weltmächte ebenso interessiert sind wie die mittleren und

kleineren Staaten, aufrechtzuerhalten, indem man es durch technische Neuerungen immer wieder in Frage stellt.

### *Tripolare Konstellation*

Die Frage, die man sich zu Beginn des neuen Jahres stellt, lautet, ob mit einer wesentlichen Änderung der Beziehungen der Weltmächte zu rechnen sei. Man hat sich schnell daran gewöhnt, neben den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken auch die Volksrepublik China als eine Weltmacht zu bezeichnen. Gewiss zu Recht. China hat, obwohl im technischen und wirtschaftlichen Sinne noch ein Entwicklungsland, bereits wieder seine starke politische und geistige Strahlungskraft bewiesen. Sein Potential ist unermesslich, und schon der erste Schritt auf dem Wege zu seiner Mobilisierung hat weltpolitische Bedeutung. Der auf dem indischen Subkontinent ausgebrochene Krieg führt uns vor Augen, welche wichtige Stellung im strategischen Sinne China als ein wirkliches «Reich der Mitte» in allen asiatischen Konflikten einnimmt. Die Tatsache, dass China nach einem Vierteljahrhundert der Isolierung wieder die Weltbühne betreten hat, führt unter diesen Umständen leicht zum Schluss, dass sich die Machtkonstellation nun grundlegend geändert habe.

Die Erfahrungen und Ereignisse der letzten Monate des Jahres 1971 sprechen gegen die Annahme einer umstürzenden Veränderung in den Machtbeziehungen und Konstellationen. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass sich die traditionellen Positionen nur wenig ändern, da sie von dauernden Faktoren geprägt sind. Ein kurzer Blick genügt:

*Moskau* hat die Vereinigten Staaten als Erbfeind, als Konkurrenten und Schreckgespenst für den inneren Gebrauch gewählt und immer wieder erklärt, dass es Amerika einholen, überholen und schliesslich «begraben» werde. China wurde dort seit den fünfziger Jahren, als es sich der Hegemonie Moskaus nicht unterordnete, mit steter Sorge als die mögliche Quelle fernöstlicher Verwicklungen betrachtet, denen Russland nicht gewachsen ist und die, wie die Geschichte lehrt, das russische Imperium schwer erschüttern können.

Für *Amerika* erscheint der Kommunismus als Instrument russischer Grossmachtpolitik, als Element der Subversion und Ursache der Unstabilität in aller Welt und als eine politische Irrlehre. Das trifft zu, was auch immer die Schwankungen und Bewegungen an der Oberfläche einer stets aufgeregten öffentlichen Meinung sein mögen. Deshalb wird Moskau, wie auch immer die Bemühungen um eine Entspannung sich entwickeln werden, als eine Quelle der Spannungen argwöhnisch beobachtet. China, zu dem während Jahrzehnten enge Beziehungen bestanden, wurde, gerade weil das Ver-

hältnis so freundlich gewesen war, nach der Errichtung des kommunistischen Regimes in Peking dämonisiert und zum Gegenstande des Hasses gemacht, aus einer künstlich geschaffenen Haltung heraus, die weder der Tradition noch der wirklichen Interessenlage entsprach. Sie wird sich, da einmal das Stichwort gefallen ist, in kurzer Zeit verflüchtigen.

Für *China* ist Russland der Erbfeind, der ihm einst weite Gebiete entzogen, der es gedemütigt hat, der es einzukreisen sucht. Der Anspruch Moskaus auf die ausschliessliche Wahrung und Verwaltung der kommunistischen Rechtgläubigkeit muss China als einen neuen Versuch der Demütigung und Beherrschung deuten, den es nicht duldet. Umgekehrt bestehen von Peking aus zu Amerika historische Beziehungen, die nur wenig belastet sind, wenn man von den letzten Jahrzehnten der von beiden Seiten geschürten unnatürlichen Feindschaft absieht. Das einzige Anliegen Chinas gegenüber der Weltmacht jenseits der Meere ist schliesslich, dass Amerika sich nie militärisch auf dem Boden Asiens festsetze.

Von einer wesentlichen Änderung in den Beziehungen zwischen Paaren von Weltmächten kann deshalb nicht gesprochen werden, sondern eher von der Beseitigung von Anomalien, von der Wiederherstellung einer auf historischen Interessenbeziehungen beruhenden Konstellation. Das Neue dieser Konstellation ist, dass man sich nicht einem bloss nach zwei Polen orientierten Kräftefeld gegenüber sieht, sondern einem der Variationen fähigen Wechselspiel zwischen drei Machtkreisen, in dem sich die Manövrierfreiheit minderer Kreise, wie etwa der Staaten Westeuropas, Südasiens, des Mittleren Ostens, des schwarzen Afrika noch freier entfaltet als vorher.

\*

In diesem Rahmen sind die grossen Auseinandersetzungen zu betrachten, die das Bild des Jahres 1971 bestimmt haben und die 1972 ihre lebhafteste Fortsetzung finden werden, nämlich das Ringen um die Zukunft Europas, der Kampf im Mittleren Osten, die Spaltung des indischen Subkontinents, die Neuverteilung der Gewichte in Ostasien, das verspätete Eintreten Iberoamerikas ins 20. Jahrhundert. Dass in ihnen neben der wirtschaftlichen und politischen Macht die Faktoren, die zur Ausübung nackter Gewalt befähigen, eine grosse Rolle spielen, ist durch die jüngsten Ereignisse genügend klar gemacht worden. Für Europa sind die beiden Punkte, an denen sich die bevorstehende Entwicklung orientieren wird, Deutschland und Jugoslawien.

#### *Europa: Stabilität mit Fragezeichen*

Das Viermächteprotokoll über Berlin und die Verträge, welche die Bundesrepublik Deutschland in Moskau und Warschau unterzeichnet hat, bedeu-



ten, dass der Westen die Hegemonie der Sowjetunion in den von ihr am Ende des Krieges besetzten Gebieten nun anerkannt hat. Damit ist das Problem gestellt, wie das Kräftegleichgewicht in Europa entlang einer endgültig gezogenen Linie befestigt werden kann. Beschränkt man sich auf den Vergleich der in Europa nördlich der Alpen einander gegenüberstehenden Kräfte, so ist die Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte manifest. Während die NATO über 8 Panzer- und 16 Infanteriedivisionen verfügt, stehen ihr auf der Seite des Warschaupaktes 28 Panzer- und 37 Infanteriedivisionen gegenüber. Die Zahl der Panzer beträgt bei der NATO 5500, beim Warschaupakt 16 000, die der taktischen Flugzeuge 4200 beim Warschaupakt, 2000 bei der NATO. Im Abschnitt Südeuropa einschliesslich Italien, Türkei und Griechenland ist das Verhältnis etwas ausgeglichener. Durch die im eigentlichen Operationsbereich stationierten Nuklearwaffen wird die Ungleichheit aufgewogen: Während die NATO für 2250 Träger verschiedener Art für Nuklearwaffen 7000 Atomsprengköpfe bereitgestellt hat, verfügt die Sowjetunion für etwa ebensoviele Waffenträger über deren 3500.

Ob die Überlegenheit der Warschaupaktmächte am nördlichen Abschnitt gross genug wäre, um mit konventionellen Mitteln einen erfolgreichen Angriff zu führen, ist schwer abzuschätzen. Es ist aber nicht wahrscheinlich. Gegen eine durch Atomwaffen verstärkte Abwehr würde ein Überfall, selbst wenn der Angreifer auch Nuklearwaffen gebraucht, kaum Erfolg versprechen. Wie aus dem Communiqué vom 10. Dezember zum Abschluss der Tagung des Nordatlantikrats in Brüssel hervorgeht, sind die Westmächte entschlossen, ihre konventionellen Streitkräfte auf der bisherigen Höhe zu halten und sie durch eine Verstärkung von Beweglichkeit und Feuerkraft zum Widerstand auch ohne den Gebrauch ihrer Nuklearwaffen zu befähigen.

Ein Abbau der Zahl der in Europa stehenden amerikanischen Truppen wird zwar in den nächsten zwei Jahren erfolgen. Man ist sich aber auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans einig, dass die Zahl der Fronttruppen nicht vermindert werden darf, sondern dass der Abbau auf Kosten aufgeblähter rückwärtiger Dienste erfolgen muss und durch eine Steigerung der Qualität auszugleichen sei. Die westeuropäischen Bündnispartner können sich zwar nicht zu einer Verstärkung ihrer Armeen und Luftwaffen entschliessen und sind dazu aus politischen Gründen auch gar nicht in der Lage. Sie sind aber heute bereit, durch grössere finanzielle Opfer die Qualität ihrer eigenen Verteidigungskräfte zu verbessern und den Amerikanern einen Teil der von ihnen getragenen Last abzunehmen.

Es ist also in Westeuropa ein Zustand hoher Stabilität erreicht, wie er schon lange nicht mehr bestand. Die Einigung über politische Streitfragen ist auf Grund von Konzessionen fast ausschliesslich des Westens weit fort-

geschritten. Das militärische Kräfteverhältnis ist, wie man sieht, zwar ungleich, aber nicht so ungleich, dass es nicht als Faktor der Stabilität betrachtet werden könnte. Gefahren für diesen Gleichgewichtszustand bestehen weiter. Er könnte durch die Sowjetunion in Frage gestellt werden, wenn sie neue Forderungen, zum Beispiel in Berlin oder in Skandinavien oder Österreich, erheben würde.

Der Gleichgewichtszustand kann ferner gestört werden, wenn Jugoslawien in eine Phase der inneren Unruhen eintreten sollte. Jugoslawien ist im Zwischenbereich zwischen der Hegemonialsphäre Moskaus und dem Westen ein unabhängiges Land. Die Sowjetunion hat aber auf ihren Anspruch, es für ihren Machtbereich zurückzugewinnen, nie verzichtet. Sollte der aus vielen Nationalitäten bestehende Staat Neigungen zum Auseinanderbrechen bekunden, so würde die Sowjetunion gewiss für die eine oder andere Partei Stellung beziehen und die Gelegenheit benützen, um ihren Einfluss über Jugoslawien wieder herzustellen. Was die Reaktion des Westens auf einen solchen Vorgang wäre, ist heute nicht mit Sicherheit vorauszusagen. Sicher aber ist, dass er das ganze kunstvolle Gebäude politisch-militärischer Stabilität, das in Europa in allerletzter Zeit entstanden ist, in seinen Grundfesten erschüttern müsste.

### *Europäische Sicherheitskonferenz und MBFR*

Dieses Gebäude ist Gegenstand verschiedener Ausbau- und Umbaustrebungen geworden. Sie lassen sich heute unter dem Stichwort «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» zusammenfassen. Gegenstand und Zweck einer solchen Konferenz stellen sich für jeden der möglichen Teilnehmer etwas anders dar. Für die Sowjetunion geht es um die Lockerung der NATO, die Anerkennung der DDR, und um Entwicklungshilfe für ihre rückständige Industrie und Landwirtschaft. Für die Verbündeten und Satelliten Moskaus handelt es sich vor allem um die Möglichkeit, in einer grossen Konferenz selbständig aufzutreten und sich damit eine gewisse aussenpolitische und wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit zu erkämpfen.

Der Westen, der dem Konferenzplan nach wie vor mit Misstrauen gegenübersteht, hat sich auf den letzten Tagungen des Atlantikrats, namentlich in Lissabon und Brüssel, schrittweise dem Entschluss genähert, die Konferenz womöglich als ein Mittel der Stabilisierung und Entspannung zu benützen. Am 7. Oktober 1971 wurde der frühere Generalsekretär der NATO, Manlio Brosio, mit einer Erkundungsmission in Moskau betraut, durch die festgestellt werden soll, ob Aussichten bestehen, mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten ein Abkommen über einen gegenseitigen

ausgewogenen Truppenabbau in Europa (MBFR) auszuhandeln. Brosio ist bis jetzt in Moskau nicht empfangen worden. Die Westmächte haben aber umfangreiche Studien über das schwierige Thema eingeleitet, wie die bestehenden ungleichen einander gegenüberstehenden Streitkräfte abgebaut werden könnten, ohne dass das mühsam hergestellte Gleichgewicht gestört, sondern im Gegenteil konsolidiert wird.

Die Schwierigkeiten, die einem MBFR entgegenstehen, sind bekannt: Die zahlenmässige Ungleichheit in der Ausgangslage, die Tatsache, dass der Rückzug von Truppen auf das eigene Staatsgebiet für die Sowjetunion ein Zurückweichen um einige hundert Kilometer, für die Vereinigten Staaten um einige tausend Kilometer bedeuten würde, die Notwendigkeit für Moskau, sein Herrschaftsgebiet militärisch besetzt zu halten. So ist es unwahrscheinlich, dass eine Europakonferenz, die im Jahre 1972 zusammentreten könnte, zu wirklichen Abkommen über einen Truppenabbau gelangt. Viel wahrscheinlicher ist, dass eine ausgedehnte Vorbereitungsphase einer Konferenz das ganze Jahr einnimmt und dass ein ständiger Gedankenaustausch zwischen Ost und West über den Stand der konventionellen Streitkräfte geführt wird, ähnlich dem Gedankenaustausch über die strategischen Streitkräfte im Rahmen der SALT.

### *Mittlerer Osten: Zwang zur Lösung*

Dem Gleichgewichtszustand in Europa ist in dieser Betrachtung so breiter Raum gewährt, weil es in hohem Masse gerade von ihm abhängt, ob der Kriegs- und Revolutionszustand im Mittleren Osten auf seinen Herd beschränkt werden kann oder ob er die Welt in Flammen setzt. So wie die Dinge sich in den letzten Monaten des Jahres 1971 entwickelt haben, ist anzunehmen, dass weder eine Lösung noch eine dramatische Ausweitung des Konflikts vor der Tür steht. Die Gegner Israels sind untereinander zerfallen, und jeder einzelne ist im Innern von schwerer Krise bedroht. Israel bleibt angesichts des Fehlens jedes ernsthaften Verhandlungspartners nichts anderes übrig, als die 1967 auf Grund seines militärischen Sieges erreichten verhältnismässig sicheren Grenzen weiter zu halten und abzuwarten, bis sich die Weltmächte USA und UDSSR zu einer konstruktiven gemeinsamen Haltung durchringen.

Beide müssten sich ernsthaft um eine Lösung bemühen. Beide haben dringende Gründe dafür. Für die Sowjetunion wäre die Öffnung des Suezkanals ein grosser Gewinn, weil sie damit einen direkten Zugang zu ihren neuen strategischen Basen und Operationsgebieten im Bereich des Indischen Ozeans gewinnen würde. Für die Vereinigten Staaten ist der gesicherte Fortbestand Israels die Voraussetzung dafür, dass sie nicht ständig die ge-



fährlichsten Verwicklungen im Mittelmeer und im Mittleren Osten befürchten müssen. Wie aber eine beide Mächte befriedigende Lösung inmitten der von Hass zerrissenen Welt der jungen arabischen Staaten gefunden werden soll, ist schwer zu sehen.

*Indischer Subkontinent: Der Machtkampf fängt erst an.*

In dem nun neu ausgebrochenen und durch einen Waffenstillstand wohl nur zum Schein beendeten Krieg auf dem indischen Subkontinent stehen sich, neben den eigentlich in den Krieg verwickelten Nationen, die beiden Weltmächte China und Sowjetunion gegenüber. Mit dem Andauern des Krieges wird Indien mehr und mehr in die Abhängigkeit der Sowjetunion geraten. Sein Weg lässt sich, unter Vorbehalt der anderen Grössenverhältnisse, demjenigen der Tschechoslowakei vergleichen. Für China bedeutet das eine Phase der gefürchteten Einkreisung durch die Sowjetunion. Pakistan stellt einen Keil im Einkreisungsring dar. Dass ein unabhängiges Ostpakistan, ein Bangla Desh, das unter indischem Einfluss stehen würde, von China als eine Gefahr empfunden wird, ist naheliegend. Russland andererseits ist von seinem indischen Verbündeten und Klienten durch Pakistan geographisch getrennt. Eine Schwächung Pakistans ist ihm also erwünscht. Die Weltmachtinteressen der beiden unmittelbar Interessierten sind unvereinbar. Der Blick richtet sich deshalb auf die dritte Weltmacht, die Vereinigten Staaten von Amerika. Könnten sie die Rolle des Vermittlers, sowohl zwischen den unmittelbar in den Kampf verstrickten Nationen wie zwischen den beiden interessierten Weltmächten übernehmen? Das ist kaum der Fall. Ihre Beziehungen zu jedem Beteiligten sind zu schlecht. Und die Aufgabe eines Schiedsrichters in Asien, der schliesslich selber in den Kampf gezogen wird, hat Amerika solchen Schaden zugefügt, dass es sich wohl davor hüten wird, auch hier diese undankbare Rolle zu übernehmen.

Hätte Japan die militärische Macht, die seiner neu erstandenen erstaunlichen Wirtschaftsmacht entspricht, so wäre die Aussicht auf eine Vermittlung besser. So aber kann man nur mit schwerer Sorge und mit tiefstem Mitgefühl für die von unfähigen Regierungen ins Unglück geführten Völker Asiens das dort nun unheilbar gewordene Zerwürfnis betrachten.

*Lateinamerika: isoliert*

Lateinamerika stellt kein strategisches Problem dar. Es ist für die Weltmächte unerreichbar – für China und die Sowjetunion wegen der geographischen Entfernung, für die Vereinigten Staaten aus politischen Gründen, die sich aus einem Jahrhundert der Intervention und der Hegemonie-

politik ergeben. Im Schatten dieses weltstrategischen Isoliertseins werden die so verschiedenartigen Völker der iberoamerikanischen Welt, jedes auf seine Weise, den revolutionären Prozess durchlaufen, der ihnen gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch den Anschluss an das 20. Jahrhundert bringen wird, das endlich mit Macht auch dort eingedrungen ist.

\*

So fern man heute von der Meinung entfernt ist, Europa sei der Nabel der Welt, und so sehr man die Bedeutung der Entwicklungen in Asien, von Japan bis nach dem Mittelmeer erkennt, und auch derjenigen Afrikas und Lateinamerikas, so gelangt man doch zu dem Schlusse, dass Sicherheit in der Welt von der Stabilität des durch den Atlantik verbundenen Komplexes Nordamerika – Westeuropa und seinen Beziehungen zu dem um Moskau gruppierten Komplex abhängt. Hier liegt der Schlüssel zu dem, was man heute unter Sicherheit versteht: Einen strategischen Zustand, in dem wohl lokale und «nicht-so-lokale» Kriege und Konflikte, innerer Aufruhr und politische Umstürze aller Art vorkommen, in dem sie aber eingedämmt bleiben sowohl in ihrer geographischen Ausdehnung wie in der Masse ihrer Heftigkeit.

LEONHARD NEIDHART

## Verschiebungen im parteipolitischen Kräfteverhältnis

*Die «innenpolitische Friedensordnung» nach den eidgenössischen Wahlen 1971*

### *Komplexer Interpretationsrahmen*

Wahlen werden von der Politischen Wissenschaft in der Regel als Prozesse analysiert, durch die eine bestehende Machtverteilung zwischen den politischen Parteien periodisch legitimiert oder verändert wird. Aber Wahlen sind nicht die einzigen Akte, in denen über die Zuteilung legitimer Macht in einem politischen System entschieden wird, insbesondere in der Schweiz nicht, wo die Bürger auf Grund des direktdemokratischen Elementes über einen zweiten Zugang zur politischen Entscheidungsfindung